

KLIMAPOLITIK

Position der schweizerischen Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie

- Der globale Klimawandel ist eine ernst zu nehmende Herausforderung. Eine nachhaltige Klimapolitik stärkt die Innovationskraft der Schweizer Wirtschaft und eröffnet ihr neue Märkte. Die von der MEM-Industrie entwickelten Technologien leisten einen wichtigen Beitrag zur Verminderung der globalen CO₂-Emissionen.
- Die CO₂-Intensität wie auch die absoluten CO₂-Emissionen der Schweiz sind im Vergleich der OECD-Staaten gering. Diese vorteilhafte Position gilt es zu halten und weiter zu verbessern.
- Die Schweizer MEM-Industrie hat ihre CO₂-Emissionen im Vergleich zu 1990 markant gesenkt. Um diese Anstrengungen fortzuführen, benötigt sie günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Die Klimapolitik darf insbesondere nicht zu einer Benachteiligung der Industrie im Vergleich zu anderen Sektoren führen.
- Die MEM-Industrie ist ausgesprochen exportorientiert und steht im harten internationalen Wettbewerb. Eine nachhaltige Klimapolitik muss internationale Wettbewerbsverzerrungen vermeiden und strategisch wichtige Schweizer Standortvorteile erhalten.
- Die Reduktion der CO₂-Emissionen im Inland hat oberste Priorität. Dabei müssen Inlandmassnahmen Zusatznutzen in anderen Bereichen (Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung etc.) generieren. Um den unterschiedlichen Reduktionspotentialen und –kosten verschiedener Branchen Rechnung zu tragen, muss das revidierte CO₂-Gesetz jedoch auch in Zukunft die Anrechnung im Ausland erzielter Emissionsminderungen ermöglichen.
- Bei der Revision des CO₂-Gesetzes sollte Schweizer Unternehmen die Möglichkeiten gegeben werden, sich am EU-Emissionshandelssystem EU-ETS zu beteiligen. Die Unternehmen sollten jedoch selbst über ihre Teilnahme entscheiden können.
- Die freiwilligen Massnahmen der Wirtschaft leisten einen entscheidenden Beitrag zur Erreichung der Schweizer Klimaziele. Auf diesen Massnahmen (insbesondere der Energieagentur der Wirtschaft) muss auch die zukünftige Schweizer Klimapolitik aufbauen.

Eine Verminderung der Schweizer CO₂-Emissionen verringert die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern, bietet Chancen für technologische Innovationen und leistet einen Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels. Die wirtschaftliche Tragbarkeit der Massnahmen, das internationale Umfeld sowie die in der Vergangenheit erbrachten Leistungen müssen dabei jedoch berücksichtigt werden. Klimapolitische Alleingänge kann sich die Schweiz nicht leisten.

1 Feststellungen

Energieverbrauch und CO₂-Emissionen der Schweizer MEM-Industrie sind stark rückläufig. Von 1990 bis 2009 hat der Energieverbrauch der Schweizer MEM-Industrie um 44% abgenommen. Dabei wurde das Verhältnis zwischen Energiekonsum und erwirtschaftetem Umsatz laufend verbessert. Die Substitution von Heizöl durch Erdgas hat dazu geführt, dass die CO₂-Emissionen im selben Zeitraum in noch grösserer Masse (rund 51%) reduziert wurden.

Die Innovationsleistung der Schweizer MEM-Industrie hilft bei der weltweiten Reduktion der CO₂-Emissionen. Schweizer Firmen entwickeln Technologien, welche die Effizienz der Stromerzeugung verbessern, Geräte und Prozesse sparsamer machen und die Wirtschaftlichkeit erneuerbarer Energien erhöhen. Dank der ausgeprägten Exportorientierung der Schweizer MEM-Industrie entfalten diese Technologien ihre Wirkung auf der ganzen Welt.

Die CO₂-Intensität der Schweiz ist im internationalen Vergleich gering. Dazu tragen unter anderem die nahezu CO₂-freie einheimische Stromproduktion sowie die Struktur der Schweizer Wirtschaft, aber auch die bereits erzielten Effizienzsteigerungen bei. Durch den Import von Waren und Dienstleistungen verursacht die Schweiz zusätzliche «graue» CO₂-Emissionen in anderen Ländern, welche nicht in der Schweizer CO₂-Bilanz erscheinen. Umgekehrt ermöglichen Schweizer Technologien – vor allem aus der MEM-Branche – namhafte CO₂-Einsparungen rund um den Globus, welche in der Schweizer Bilanz ebenfalls nicht berücksichtigt werden.

Die Schweiz weist nach wie vor bedeutende Potentiale zur Reduktion der CO₂-Emissionen auf. Dies gilt in besonderem Masse für den Gebäude- und Verkehrsbereich.

2 Forderungen an eine nachhaltige Schweizer Klimapolitik

Klare und verlässliche Rahmenbedingungen für die Industrie schaffen. Emissionsmindernde Massnahmen verlangen von den Betrieben oft grosse Investitionen. Solch weitreichende Entscheide sind an ein klares und planbares Umfeld gebunden. Eine nachhaltige Klimapolitik darf zudem Produktionssteigerungen nicht verunmöglichen, denn oft schafft erst eine Kapazitätssteigerung die Voraussetzungen für notwendige Investitionen zur Reduktion der spezifischen CO₂-Emissionen.

Das internationale Umfeld einbeziehen. Der Klimawandel ist globaler Natur und muss international koordiniert angegangen werden. Um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, benötigen Schweizer Unternehmen international vergleichbare Rahmenbedingungen. Andernfalls droht eine Verlagerung CO₂-intensiver Branchen in weniger strikt regulierte Drittländer und damit ein Anstieg der weltweiten CO₂-Emissionen («Carbon Leaking»). Da sich sowohl die Zielmärkte als auch die Konkurrenten der Schweizer MEM-Industrie über die ganze Welt verteilen, darf die internationale Harmonisierung sich nicht allein auf die EU beschränken. Die Schweiz muss sich bei den laufenden internationalen Verhandlungen für den raschen Abschluss eines globalen Abkommens einsetzen.

Auch zukünftig auf die freiwilligen Massnahmen der Wirtschaft setzen. Die freiwilligen Massnahmen der Wirtschaft leisten einen entscheidenden Beitrag zur Erreichung der Schweizer Klimaziele. Insbesondere die Befreiung von der CO₂-Abgabe durch den Abschluss einer Verpflichtungsvereinbarung setzt den Unternehmen wirksame Anreize. Branchenvereinbarungen stärken die Eigenverantwortung der Industrie und ermöglichen in vielen Bereichen kosteneffiziente und unbürokratische Lösungen. Mit dem Aufbau einer Branchenlösung für das Treibhausgas SF₆ hat Swissmem schon Ende der 90er-Jahre den Tatbeweis angetreten. Standards und Verbote sollten bevorzugt dort eingesetzt werden, wo sie der beschleunigten Marktdurchdringung moderner Technologien dienen – dies ist beispielsweise im Bereich der Energieeffizienz bei Geräten und Gebäuden der Fall.

Inlandreduktionen anstreben, aber Flexibilität bei der Zielerreichung gewährleisten. Die Unternehmen haben ein betriebswirtschaftliches Interesse daran, wenn möglich in Klimaschutzmassnahmen im eigenen Betrieb zu investieren. Diese Massnahmen müssen Zusatznutzen in anderen Bereichen (Innovationsvorsprung, Beschäftigung etc.) generieren. Doch nicht in allen Branchen und Unternehmen liegen grosse, wirtschaftlich tragbare Reduktionspotentiale im Inland vor. Diesen Unterneh-

men muss die Freiheit gewährt werden, ihre Emissionen teilweise im Ausland zu kompensieren. Die flexiblen Mechanismen ermöglichen Reduktionen gezielt dort, wo sie am kostengünstigsten sind. Nur durch eine solche globale Denkweise kann die globale Herausforderung des Klimawandels effektiv gelöst werden. Schweizer Unternehmen sollte der Zugang zum europäischen Emissionshandelssystem EU-ETS ermöglicht werden. Sie sollten dabei jedoch selbst entscheiden können, ob sie am europäischen System teilnehmen oder im nationalen System verbleiben wollen. Denn der verpflichtete Anschluss ans EU-ETS schafft keine gleich langen Spiesse für Schweizer Unternehmen – im Gegenteil. Da die Eintrittsgrenzen zum Emissionshandelssystem in der EU und der Schweiz unterschiedlich sind, würden insbesondere mittelgrosse Schweizer Unternehmen durch einen Anschluss klar benachteiligt. Zudem verfügt die EU-Industrie aufgrund unterschiedlicher Zuteilungsmechanismen im Unterschied zu Schweizer Unternehmen über einen massiven Überschuss an Emissionsrechten. Auch werden die in der EU zur Zuteilung der Emissionsrechte verwendeten Benchmarks hiesigen Produktionsstrukturen vielfach nicht gerecht.

Vorhandene Potentiale effizient ausschöpfen. Die Industrie hat bis heute den Hauptbeitrag zur Reduktion der Schweizer CO₂-Emissionen geleistet. Nun sind insbesondere der Gebäude- und der Verkehrsbereich gefordert, die zu je etwa einem Drittel zu den Schweizer CO₂-Emissionen beitragen. Das Know-how zu einer starken Reduktion des Brennstoff- und Strombedarfs im Gebäudebereich ist in der Schweiz vorhanden. Die beschleunigte Sanierung des Schweizer Gebäudeparks ist vornehmlich mit einer geeigneten Mischung aus Anreizen und Vorschriften und nicht durch eine Ausweitung der Teilszweckbindung der CO₂-Abgabe zu bewerkstelligen.

Lasten fair verteilen. Bei der Revision des CO₂-Gesetzes muss sichergestellt werden, dass die Industrie im Vergleich zu anderen Sektoren nicht übermässig belastet wird. Auch bei der Rückverteilung der Einnahmen aus der CO₂-Abgabe darf es nicht zu einer Umverteilung zulasten des Arbeitsplatzes (einer «Werkplatzsteuer») kommen. Lenkungsabgaben sind zweckgebundenen Abgaben grundsätzlich vorzuziehen, da letztere die erwähnte Umverteilung noch verstärken.

Bedeutung von Technologie und Innovation anerkennen. Moderne Technologien spielen eine entscheidende Rolle bei der Bekämpfung des Klimawandels. Mit der Entwicklung neuer technischer Lösungen leistet die Schweizer MEM-Industrie einen Beitrag zur Reduktion der CO₂-Emissionen, der weit über die Potentiale innerhalb der eigenen Landesgrenzen hinaus geht. Diese Innovationsleistung verdient es, gewürdigt und durch industrie- und forschungsfreundliche Rahmenbedingungen unterstützt zu werden. Dabei gilt es, die Innovationsleistung in ihrer ganzen Breite zu stärken und nicht einzelne Technologien selektiv zu subventionieren. Eine nachhaltige Klimapolitik muss den Werk- und Denkplatz dieses Landes stärken, statt Produktionsbetriebe an den Rand zu drängen.

3 Fazit

Die Schweiz kann und muss ihren Beitrag an die Begrenzung der globalen CO₂-Emissionen leisten. Die Schweizer Klimapolitik kann jedoch nur dann nachhaltig wirken, wenn sie den Werkplatz Schweiz stärkt, ohne seine internationale Wettbewerbsfähigkeit zu beeinträchtigen.

Zürich, Februar 2011

Weitere Auskünfte bei Swissmem erteilt:
Dr. Sonja Studer, Tel. dir. 044 384 48 66, s.studer@swissmem.ch